



23. Juni 2021

Schriftliche Anfrage

von Roger Bartholdi (SVP)
und Walter Anken (SVP)

Die illegale Werbung auf öffentlichem Grund nimmt in der Stadt Zürich stetig zu und ist ein Ärgernis für die Bevölkerung. Besonders das illegale Anbringen von Transparenten und Fahnen hat ein unerträgliches Mass angenommen. Leidtragende sind unter anderem die Medien oder die Plakatgesellschaften, welche dadurch Einnahmen verlieren und Arbeitsplätze abbauen müssen. Dazu entstehen Kosten für das Entfernen oder das Einsammeln sowie die Entsorgung der Transparente und Fahnen (Umweltverschmutzung). Deshalb ist solche politische Werbung umgehend beziehungsweise so schnell als möglich zu entfernen. Dies hat auch eine präventive Wirkung auf zukünftige politische Aktionen. Leider wurde das Postulat 2020/414 nicht an den Stadtrat überwiesen und auch die Dringlichkeit kam am 25. November 2020 nicht zustande. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit weiter verschärft und es ist davon auszugehen, dass wenn die Stadt nicht reagiert, die Negativspirale weiterdreht. Es ist höchste Zeit zum Handeln.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Rechtsgrundlagen bestehen für die Benutzung des öffentlichen Raums für politische Zwecke?
2. Weshalb werden illegale politische Plakat-, Fahnen- oder Banner nicht konsequent entfernt?
3. Wäre es aus Sicht des Stadtrates nicht sinnvoll, analog von Sprayereien oder Graffiti ein Team oder eine Unternehmung einzusetzen, welche illegale Werbung aus dem öffentlichen Grund umgehend entfernen kann?
4. Besteht nicht die Gefahr, dass mit dieser Laissez faire-Politik, der Duldung von illegalen Plakaten, Fahnen oder Bannern die «Zupflasterung» der Stadt Zürich weiter zunimmt?
5. Mit der stetigen Zunahme von illegalen Werbemitteln und dem Missbrauch des öffentlichen Grunds werden auch die Werbeeinnahmen in Zeitungen, Medien oder von Plakatgesellschaft negativ beeinflusst und weiter abnehmen. Wie beurteilt es der Stadtrat, dass dies langfristig negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Einnahmen von Zeitungen und Plakatgesellschaften haben und sogar zu Entlassungen führen kann?
6. Welche Kosten entstehen für die Entfernung solcher illegaler Werbung für die Stadt (Entfernung und Entsorgung)? Wie haben sich diese Kosten oder der Aufwand in den letzten Jahren entwickelt?
7. Besteht die Möglichkeit, die Entfernung und die Entsorgung dieser illegalen Werbung den Verursacher in Rechnung zu stellen? Falls ja, wurde dies in letzter Zeit umgesetzt und wie war der Erfolg? Falls dies aus Sicht des Stadtrates nicht möglich ist: Welche Grundlagen müssten erstellt werden, damit eine Verrechnung stattfinden kann?
8. Wie glaubwürdig erachtet der Stadtrat solche illegalen Kampagnen auf öffentlichem Grund, wenn es um umweltpolitische Anliegen geht und damit der Umweltschutz direkt ignoriert wird?



R.R.

W. A.